

Die es am nötigsten haben, kommen nicht : Eltern im Gespräch mit Lehrern

Autor(en): **Pöggeler, Franz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **60 (1973)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-525844>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SG: Heilpädagogische Schule der Region Sargans

Kürzlich ist die neue heilpädagogische Schule der Region Sargans-Werdenberg in Trübbach eröffnet worden. In ihr werden zunächst 30 Kinder unterrichtet. Ab Frühjahr 1973 sollen 50 schwer bildungsfähige Kinder aufgenommen werden.

AG: Lehrerbildung ungenügend

Im Fragebogen-Katalog des aargauischen Erziehungsdepartementes zur Totalrevision des Schulgesetzes nimmt auch die Lehrerausbildung eine zentrale Stellung ein. Die Frage, ob man die Lehrergrundausbildung nach der bisherigen Regelung (vier Jahre Seminar) für genügend halte, wird von über 60 Prozent mit Nein beantwortet. Die Mehrheit der Befragten ist damit einverstanden, daß die bisherigen Sonderkurse als zweiter

Bildungsweg für die Lehrer beibehalten und daß auch ausländische Patentinhaber zum Schuldienst zugelassen werden sollten, falls sie sich über eine gleichwertige Ausbildung ausweisen können. Mehr als 50 Prozent sind zudem der Meinung, daß gegenüber der jetzigen Regelung vermehrt obligatorische Kurse durchgeführt werden müssen, und zwar sollte ein Teil derselben während der Ferien besucht werden. Auch ein Bildungsurlaub wird befürwortet. Dagegen wird eine dauernde Fortbildung des Lehrers (zum Beispiel Fachseminarien, Vorträge usw.) durch eine Verringerung der Pflichtstundenzahl negiert.

VD: Lehrstelle für Pädagogik an der ETH Lausanne

Eine Pädagogik-Lehrstelle ist vom Schweizerischen Schulrat für die ETH Lausanne beschlossen worden.

Die es am nötigsten haben, kommen nicht

Eltern im Gespräch mit Lehrern

Franz Pöggeler

Die Kooperation zwischen Schule und Familie läßt sich nicht zum geringsten Teil am Kontakt zwischen Lehrern und Eltern ermessen. Dafür gibt es zwei offizielle Formen: Die gemeinsamen Versammlungen von Eltern und Lehrern in Klassen und Schule sowie die Eltern-Sprechtage (an manchen weiterführenden Schulen auch wöchentliche Sprechstunden jedes Lehrers).

Häufig wird behauptet, je größer die Schul-schwierigkeiten eines Kindes seien, umso mehr bestehe Gesprächskontakt der Eltern zu den Lehrern. Schon im Juli 1971 hat die Zeitschrift «Eltern» auf Grund einer Befragung ermittelt, daß das Gegenteil der Behauptung richtig zu sein scheint: Je besser die Schulleistungen eines Kindes sind und je lieber dieses die Schule besucht, umso mehr sprechen Eltern und Lehrer miteinander. Bei Schülern mit einer Durchschnittsnote von 1,8 bis 2,6 beträgt der Prozentsatz der Elterngespräche mit Lehrern 80 Prozent, während nur 28 Prozent der Eltern von Schülern mit Durchschnittsnoten von 4,1 bis 5,1 den Lehrer zum Gespräch aufsuchen.

Natürlich muß hier unterschieden werden zwischen Eltern-Sprechtagen, die meist in

der Zeit der Versetzungsentscheidung oder -verweigerung stattfinden und bei denen vornehmlich Eltern der versetzungsgefährdeten Schüler kommen, und den regulären Elternversammlungen der einzelnen Schul-klassen. Bei letzteren hat man wirklich zu zeigen, wie interessiert man daran ist, in der Schule informiert zu werden oder gar Mitverantwortung zu übernehmen.

Zurzeit wird in Aachen untersucht, ob die von der Zeitschrift «Eltern» ermittelten Zahlen revidiert werden müssen. Ferner muß untersucht werden, ob bzw. inwiefern das Interesse der Eltern am Gesprächskontakt zu den Lehrern schichten- und vorbildungsbedingt ist. Stimmt die oft gehörte Annahme, daß dieses Interesse umso geringer ist, je geringer die Vorbildung der Eltern war und je niedriger die soziale Schicht ist, der sie angehören? Ist der Besuch der Elternversammlungen etwa in Hauptschulen geringer als in Realschulen und Gymnasien?

Zumindest aus punktueller Erfahrung, die vermutlich auch durch exakte Erhebung bestätigt werden kann, läßt sich Folgendes feststellen: Das Interesse der Eltern an der Schule und den Lehrern ihrer Kinder hängt

von ihrer eigenen Bildungsintensität ab. Diese muß nicht unbedingt geringer sein, wenn ein Vater oder eine Mutter «nur» eine Volksschule besucht haben; auch auf Gymnasien registriert man, daß bestimmte Eltern (mit Abitur und akademischer Vorbildung) nie oder nur selten zu Elternversammlungen oder Gesprächen mit den Lehrern kommen, vermutlich deshalb, weil sie nicht davon überzeugt sind, daß ihre Kinder ohnehin das schulische Abschlußziel erreichen und daß die Plazierung in einer möglichst hohen sozialen Schicht nicht vom Schulerfolg allein abhängt.

Aber auch dies muß bemerkt werden: Wer Elternversammlungen in Grundschulen systematisch besucht und wissenschaftlich beobachtet hat, erkennt bald, daß meist diejenigen Eltern fehlen, die ihre Kinder lediglich die Pflichtschulzeit «abdienen» lassen und nicht damit rechnen, daß ihre Kinder Aufstieg durch Schulbildung erstreben sollen.

In der gleichen Richtung liegt folgende unangenehme Erfahrung: Am schlechtesten scheinen die Elternversammlungen, die mindestens einmal im Jahr offiziell einberufen werden, in der Hauptschule besucht zu werden, zumal in Großstädten, wo der Anreiz groß ist, die Kinder nach der Grundschule zur Realschule oder zum Gymnasium zu schicken.

Sprachbarriere

Ist nun bloßes Desinteresse der Einen oder hochgradige Motiviertheit der Anderen im Spiel? Wir glauben es nicht. Denn die Erfahrung vieler Elternversammlungen hat gezeigt, daß der Besuch kurz nach der Einschulung in das erste Grundschuljahr besonders groß ist; erst in Richtung auf den Übergang zu weiterführenden Schulen kristallisiert sich ein Kern besonders bildungsaktiver Eltern heraus, und das sind diejenigen, die alles daran setzen, ihren Kindern eine gymnasiale Weiterbildung zu vermitteln. Aber weshalb fehlen dann jetzt schon bei den Elternzusammenkünften jene Eltern, deren Kinder hernach «nur» die Hauptschule frequentieren werden? Nach unserer Meinung liegt die Ursache größtenteils in Sprach- und damit Denkproblemen: Eltern, die sich sprachlich unsicher fühlen bzw. primär Dialekt zu reden gewohnt sind, verneh-

men bei Elternversammlungen bald eine Art von «Bildungssprache», die ihnen fremd und abweisend vorkommt. Es ist nicht ihre Sprache, und die, welche sie benutzen, denken nicht so wie sie. Die Benutzung und Häufung von Fremdwörtern ist oft die selektierende Kraft, die die «einfachen» Menschen aus dem Gespräch hinaustreibt.

Solange Realschule und vor allem Gymnasium größtenteils von Kindern aus Mittel- und Oberschichten besucht werden, deren Eltern auch den Weg zum Abitur zurückgelegt haben, wird sich diese Sprachbarriere auch im Kontakt zwischen Eltern und Lehrern auswirken. Daß die Sprachbarrieren leicht übersprungen oder abgebaut werden können, beweisen die großen Elternzeitschriften «Eltern» und «Leben und Erziehen», die monatlich Millionen Eltern als Leser erreichen. In diesen Zeitschriften werden die gleichen Themen und Probleme behandelt, die in Elternversammlungen und an Sprechtagen zur Diskussion stehen. Und die Erfahrung der Leser-Beratung, die von diesen beiden Zeitschriften als wichtiger und wirksamer pädagogischer Service geboten wird, zeigt unverkennbar, daß das Gros der fragenden Eltern aus Unterschichten kommt; die anonyme Art der Anfrage beim Leserdienst einer Zeitschrift gilt ihnen als angemessener als der Besuch beim Klassenlehrer oder Fachlehrer am Eltern-Sprechtag, wo man «fein» reden können muß. Die Leser-Beratungsdienste der Elternzeitschriften sind eine Art Kompensation für Eltern-Lehrer-Gespräche, die nicht zustande gekommen sind.

Die Abneigung mancher Eltern aus Unterschichten gegen die Teilnahme an den offiziellen schulischen Elternversammlungen rührt teilweise daher, daß sie hier nicht nur Information erhalten, die sie sich sehr wünschen, sondern daß sie sich zugleich in die Mitverantwortung eingefordert halten, und für diese fühlen sie sich überfordert. Man müßte an Experimenten testen, ob der Besuch größer ist, wenn es ausschließlich um Information der Eltern geht, um konkrete pädagogische Hilfen.

Resignation

Indem manche Eltern aus Unterschichten von vornherein auf den Gesprächskontakt mit den Lehrern ihrer Kinder verzichten, be-

kunden sie ihre scheinbar unüberwindbare pädagogische Resignation: Sie halten es für ein Naturgesetz, daß ihre Kinder unmöglich durch «mehr» Bildung in eine «bessere» berufliche und soziale Position aufsteigen können, als sie sie selbst erreicht haben. Eben diese Resignation schließt den Teufelskreis der Zustimmung oder der Verweigerung elterlicher Mitverantwortung im Schulwesen. Vielleicht könnte der Kreis gebrochen werden, wenn die Lehrer solchen schulscheuen Eltern entgegenkämen, sie zu Hause besuchten, nach ihren echten Problemen fragten. Dazu freilich sind die meisten Lehrer zu sehr überlastet, auch wenn sie die Elternbesuche in den Familienwohnungen für das beste Mittel der Kontaktnahme halten.

Eine feinere, wiewohl ebenso schwerwiegende Form der Resignation gegenüber aktiver elterlicher Mitarbeit in der Schule wird heute leider kaum beachtet: Nicht wenige aktive Eltern, die die Fähigkeit besitzen, das Gespräch mit den Lehrern zu beleben und leitende Funktionen der Elternvertretung zu übernehmen, kommen zwar zu den Elternversammlungen und informieren sich dort sehr genau, greifen aber nicht ins Gespräch ein, weil sie befürchten, bei kritischen Äußerungen gegenüber der Praxis des einen oder anderen Lehrers oder gar der ganzen Schule könnten unangenehme Folgen für ihre Kinder entstehen. Die Fälle sind gar nicht so selten: Aktive Eltern, die jahrelang Vorsitzende von schulischen Elternvertretungen waren, treten von ihren Ämtern zurück, sobald eine – sachlich durchaus berechtigte – Meinungsverschiedenheit zwischen Schulleiter und Klassenlehrer aufkommt, und lassen ihre Kinder bald die Schule wechseln – aus Furcht davor, die Kinder bekämen die Kritikfreudigkeit vom einen oder anderen Lehrer «heimgezahlt».

Und sie meinen weiter: Die Eltern sitzen

immer am kürzeren Hebelarm und sind im Grunde vom Lehrer abhängig. Denn er hat über die Aufstiegschancen des Schülers zu entscheiden.

Es gibt nur wenige Berufe, deren Tätigkeit so schwer von außen her zu beurteilen und zu kritisieren ist, wie es beim Lehrerberuf der Fall ist. Und selbst wenn sich über die Benotung des einen oder anderen Klassenaufsatzes streiten läßt: Wer hat als Vater oder Mutter den Mut, es zu tun? Wer aber immer nur «klein beigegeben» und das Urteil des Lehrers anerkennen muß (auch wenn er es für ungerecht halten sollte), wird auf die Dauer frustriert und schweigsam. Die Position der Eltern im Gespräch mit Lehrern ist – wenn man sie nüchtern betrachtet – die von Laien, denen zur Beurteilung der Schulleistungen die Kompetenz fehlt, oder Bittstellern, die nur deshalb beredt werden, weil sie ihr Kind vor einer Verfehlung des Klassenzieles schützen wollen. Blicke es bei diesen resignativen Feststellungen, so hieße das, konkrete Partnerschaft zwischen Eltern und Lehrern sei nicht zu realisieren, und Demokratisierung des Kontaktes sei bloßes Gerede.

Das Gespräch zwischen Eltern und Lehrern kann sinnvollerweise nur auf der Basis der Gleichberechtigung und gleicher gegenseitiger Schätzung geführt werden. Das Beispiel mancher freier (nicht-staatlicher) Schulen, an denen die Elternschaft stärker in die Verantwortung für die Schule eingefügt ist als an Staatsschulen, hat bewiesen, wie im gemeinsamen Vorgehen wirkliche, «innere» Schulreform realisiert werden kann. Die Erfahrung zeigt auch, daß staatliche Stellen in der Regel liberal und offen genug sind, um Reformmodelle zu fördern, die durch die Kooperation von Eltern und Lehrern zustande gekommen sind.

(SK Nr. 17/18, 18. November 1972)

Religionsunterricht und Friedensbemühung

Alois Gügler

Nebst dem Begriff der Liebe wird in unseren Tagen wohl kaum ein zweiter so mißbraucht wie jener des Friedens. Es ist deshalb nicht ohne weiteres klar, was mit «Friedensbemü-

hung» gemeint ist und was die Erziehung zum Frieden eigentlich bezweckt. Es kann uns also nicht gleichgültig sein, welches Ideengut unter der Parole der Friedenspäd-